

EU zieht Konsequenzen aus Atomunfall in Japan

Erstmals in der Geschichte der Atomenergie wird es eine europaweit einheitliche Prüfung der Atomkraftwerke (AKW) geben, darauf einigten sich die EU-Energieminister bei ihrem Sondertreffen am 15.03.2011 in Brüssel.

Bei diesen sog. „Stresstests“ sollen alle Risiken für Atomanlagen, wie z. B. Naturkatastrophen (Erdbeben/Hochwasser etc.) oder auch Terrorangriffe neu bewertet werden.

Insgesamt gibt es in der EU 143 AKW. 17 davon befinden sich in Deutschland. Das Land mit den meisten Kernkraftwerken ist Frankreich. 58 Atommeiler decken dort, mehr als 75% des Energiebedarfs. Darüber hinaus ist Frankreich der größte Nettoexporteur von Strom.

Nach Angaben von Euractiv befinden sich in Europa momentan 19 weitere Atommeiler im Bau: 11 davon in Russland, jeweils zwei in Bulgarien, der Slowakei und in der Ukraine. In Frankreich und Finnland wird jeweils ein Kraftwerk gebaut.

Italien ist das einzige Land der Gruppe der größten Industrienationen der Welt (G8), das keine Atomkraftwerke besitzt. Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl wurden in Italien die letzten beiden der ursprünglich vier AKWs stillgelegt. Allerdings deckt Italien mehr als 10% seines Energiebedarfs mit dem Import von Atomenergie.

Für die Zukunft plant jedoch auch Italien eine verstärkte Nutzung der Kernenergie. Eine entsprechende Volksabstimmung ist für Juni diesen Jahres angesetzt. Für 2013 ist der Bau neuer Atommeiler bereits geplant. Bis 2030 soll Atomenergie ein Viertel der Energieproduktion Italiens ausmachen, so die Angaben von Euractiv.

Das AKW-Unglück in Japan werfe die Frage auf, ob "wir in Europa in absehbarer Zeit ohne Kernkraft unseren Strombedarf sichern" können, sagte EU-Energiekommissar Günther Oettinger in der ARD.

Die Bundesregierung hat als Konsequenz aus der Katastrophe in Japan beschlossen, die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke vorläufig (für drei Monate) auszusetzen.

Nach einem Treffen am 15.03.2011 mit den Ministerpräsidenten der Länder teilte Bundeskanzlerin Merkel mit: "Angesichts der Lage werden wir eine Sicherheitsüberprüfung aller Kernkraftwerke durchführen."

Die Kernkraftwerke, die vor Ende des Jahres 1980 in Betrieb gegangen sind, werden nun für drei Monate stillgelegt.

Für EU-Kommissar Oettinger hat das Vorgehen der Bundesregierung Vorbildcharakter. Er erwägt nun auch eine Sicherheitsprüfung aller Atomkraftwerke in der EU. Die Entscheidung über die Technologie sei zwar die Sache der einzelnen EU-Länder. "Aber für die Sicherheit ist Europa unteilbar", so Oettinger auf tagesschau.de

Dazu Oettinger im Interview mit dem Deutschlandfunk: "Wir werden in jedem Fall jetzt unsere Vorschriften und die Sicherheitsstandards aller Kernkraftwerke in den 14 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die Kernkraftwerke haben, grundlegend und ohne jede vorweggenommene Bewertung prüfen müssen."

Obwohl die Situation in Japan mit der europäischen Kernkraftwerke nur schwer vergleichbar ist, warnt Oettinger vor allzu großer Leichtsinnigkeit. Auch in Europa seien "Naturkatastrophen, oder aber Terrorangriffe, oder Computer-Viren und ein Ausfall des Stromnetzes nicht unvorstellbar", so Oettinger weiter.

Ein konkreter Termin für die Sicherheitschecks in Europa liegt jedoch noch nicht vor. Nach Ostern sollten die Kriterien aber feststehen, so dass die Tests im zweiten Halbjahr stattfinden könnten, berichtet die dpa. Unabhängige Experten sollen dann Kühlsysteme, sowie Gefahren durch Stromausfälle prüfen.

Nach dem derzeitigen EU-Recht sei die Teilnahme an den Tests freiwillig - das könnte sich aber ändern, so die Angaben der dpa.

Generell ist die Frage, welche Energie-Ressourcen ein Mitgliedsstaat nutzen will, im Vertrag von Lissabon allein den nationalen Regierungen und Parlamenten zugeschrieben.

Zu den energiepolitischen Maßnahmen der EU heißt es in Art. 194 (2) AEUV: „Diese Maßnahmen berühren nicht das Recht eines Mitgliedstaats, die Bedingungen für die Nutzung seiner Energieressourcen, seine Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung zu bestimmen.“

Der Energiekommissar geht sogar soweit, dass er von den Mitgliedsstaaten verlangt, Reaktoren abzuschalten, wenn diese den Test nicht bestehen. Derzeit hat die EU allerdings keine rechtliche Handhabe, um Kraftwerksschließung zu verlangen.

Bei den EU-weiten Tests müssten allerdings die Kriterien an das Alter und die geographische Lage jedes einzelnen Atommeilers angepasst werden.

Da die EU-Kommission in der Atompolitik nur eine koordinierende Funktion hat, kann sie solche Tests nicht verpflichtend vorschreiben. Die betroffenen EU-Mitgliedsstaaten müssen diese, wie jetzt geschehen, beschließen.

Bei einem erneuten Sondertreffen in der nächsten Woche (KW 12) werde an den Details gearbeitet, sagte Oettinger gegenüber der dpa.